

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Transport von Kernbrennstoffen über das Land Bremen verhindern

Das Land Bremen ist angesichts seiner Lage zwischen sechs, teils sehr veralteten Atomkraftwerken (AKW) von der völlig falschen und unverantwortlichen Entscheidung der Bundesregierung, die Laufzeiten zu verlängern, besonders betroffen. Die Transporte von Kernbrennstoffen sind zum großen Teil dem Umstand geschuldet, dass die Endlagerfrage ungelöst ist.

Bremen und Bremerhaven sind nicht nur den erheblichen Risiken alter AKW noch auf Jahrzehnte ausgesetzt, sondern auch massiv davon betroffen, dass Kernbrennstoffe und deren Abfallprodukte noch auf lange Sicht transportiert und nach Vorstellung der Bundesregierung auch über die bremischen Häfen verladen werden sollen. Mit welchen grundlegenden und umfassenden Sicherheitsproblemen dies verbunden ist, hat der Innensenator gerade erst dokumentiert. Damit wird deutlich, wie die derzeitige Bundesregierung ihre Politik ausschließlich an den Interessen der Atomlobby orientiert.

Es ist nicht akzeptabel, dass über den Transport von Kernbrennstoffen ausschließlich das Bundesamt für Strahlenschutz entscheidet, das Land dagegen nur gehört und zudem mit den aus dieser Entscheidung resultierenden erheblichen Kosten belastet wird.

Der Transport von Kernbrennstoffen und deren Abfallprodukten durch unsere Häfen gefährdet die Sicherheit der bremischen Bevölkerung. Darüber hinaus wird die wirtschaftliche Tätigkeit im Hafen durch solche Transporte und deren Sicherungsmaßnahmen beeinträchtigt.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bekräftigt ihre Ablehnung der Verlängerung der AKW-Laufzeiten und der damit verbundenen Zunahme von Transporten von Kernbrennstoffen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, alle rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um Transporte von Kernbrennstoffen und deren Abfallprodukten durch unsere Häfen und andere Transportwege im Land Bremen zu verhindern, insbesondere
 - a) unverzüglich alle aus Sicht des Senats rechtlich möglichen Schritte zur Sperrung der bremischen Häfen und anderer Transportwege durch Bremen und Bremerhaven für den Transport von Kernbrennstoffen und deren Abfallprodukten einzuleiten und

- b) als Eigentümerversreter in von der öffentlichen Hand beherrschten Unternehmen nachdrücklich darauf hinzuwirken, dass diese sich nicht an derartigen Transporten und Umschlägen beteiligen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) appelliert an die private Hafenwirtschaft im Land Bremen, sich solchen Transporten zur Sicherung eines störungsfreien Hafenbetriebs zu verweigern.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich für eine Änderung des Atomrechts mit dem Ziel einzusetzen, dass betroffene Länder maßgeblichen Einfluss auf die Genehmigung von Transporten von Kernbrennstoffen und deren Abfallprodukten erhalten und dass die Kosten der Sicherung und Durchführung von derartigen Transporten von den jeweiligen Auftraggebern der Transporte getragen werden.

Jens Dennhardt, Frank Schildt, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Dr. Karin Mathes, Frank Willmann, Dr. Matthias GÜldner
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN